

Frühjahrs-Academie on Health Care Policy: Versorgungssicherheit im Zeitalter von Krisen

«Kostenziele verhindern keine einzige unnötige Behandlung»

BERN – Versorgungsgpässe bei Medikamenten sind ein Dauerbrenner-Thema an der traditionellen Frühjahrs-Academy on Health Care Policy. Mit der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine droht sich die schon heute teilweise prekäre Situation weiter zu verschärfen. Einen regen Schlagabtausch löste an dieser Veranstaltung auch die von FMH-Präsidentin Dr. Yvonne Gilli aufgeworfene Frage auf, ob wir auf dem Weg sind, die medizinische Versorgung zu rationieren. Sehr viel Kritik musste vor allem Thomas Christen, Stv. Direktor beim BAG, einstecken.



Dr. Yvonne Gilli
Präsidentin FMH

Foto: mmconsult zVg

Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Behörden, der Ärzte- und Apothekerschaft, Spitalern, Krankenversicherern, Pharmaindustrie und Patientenorganisationen treffen sich an der *Academy on Health Care Policy* unter der Federführung von Organisator **Salvatore Volante** in Bern regelmässig zum Networking und leidenschaftlichen Diskutieren. An keinem anderen Gesundheitsanlass in der Schweiz zeigt sich die Vielfalt an (unterschiedlichen) Meinungen, aber auch an Interessen und Lösungsansätzen derart stark wie hier. Im Grunde genommen wird seit Jahren immer über die gleichen Themen gestritten, nur die Teilnehmenden wechseln hie und da. Dauerbrenner sind jeweils die ungebremst steigenden Kosten im Gesundheitswesen sowie die Frage der Versorgungssicherheit von Medikamenten.

Diskussionsleiterin **Birgit Voigt** (NZZ am Sonntag) warf gleich bei der Begrüssung eine imposante Zahl in die Runde: 82,5 Milliarden Franken seien 2019 in der Schweiz für Gesundheit ausgegeben worden. Damit könnte man sechs bis sieben Gotthard-Tunnel bauen – Jahr für Jahr. «Ist das Geld richtig angelegt, können wir uns das – auch den «Kantönligest» – noch leisten?», lautete ihre Eingangsfrage. Wenige Tage nach dem Anlass in Bern wurde die neue, noch provisorische Zahl für die Gesundheitsausgaben des Jahres 2020 publik: 83,3 Milliarden Franken.

Allen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann: Diese Erfahrung musste Thomas Christen an diesem Abend machen, der mehrmals unter Beschuss kam. Der Stv. Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) verteidigte die Kostensenkungsstrategie des Bundes. Nicht nur die durchschnittliche Prämienbelastung, sondern auch die Belastung in Prozenten des verfügbaren Einkommens nehme zu, machte er klar. Zudem stellten die hohen Krankenkassenprämien für die Bevölkerung ein grosses Problem dar, wie sich auch in Umfragen immer wieder zeigt. «Kostendämpfung ist aber kein Selbstzweck. Es geht nicht um eine Beschränkung von Mitteln, sondern um mehr Effizienz.» Bei den Kostenzielen muss man unterscheiden zwischen gerechtfertigten und nicht gerechtfertigten Kostensteigerungen. «Es muss Ziele geben. Wenn man sie nicht erreicht, gilt es die Gründe dafür zu sondieren und allfällige Massnahmen abzuleiten.» Es müssen alle Akteure in die Pflicht genommen werden, forderte Christen.

«Die Situation ist nicht so gravierend»

Einer dieser Akteure ist die FMH als Vertretung der Ärzteschaft. FMH-Präsidentin Dr. Gilli warf dem BAG-Vertreter allerdings nicht nur vor, mit unzutreffenden Zahlen zu operieren, welche die Situation gravierender darstellten, als sie ist.



Thomas Christen
Stellvertretender Direktor BAG

Foto: mmconsult zVg



«Kostenziele verhindern auch keine einzige unnötige Behandlung», ist sie überzeugt, «und sie ignorieren die Versorgungssicherheit.» Es sei ein Fehler, davon auszugehen, dass Statistiker und Regulierungsbehörden besser wüssten, was im Interesse der Patienten liegt. Und last but not least: «Was soll denn konkret passieren, wenn die Ziele nicht erreicht werden?»

Wer die Überversorgung wirklich und im Interesse der Patientinnen und Patienten angehen möchte, muss den Hebel andernorts ansetzen – zum Beispiel, indem deren Kompetenzen, deren Wissen gestärkt werde, damit sie aus Angst vor einer Erkrankung nicht unnötige und kostspielige Abklärungen fordern. Und statt mit weiteren staatlichen Regulierungen alles durcheinanderzubringen, sollte endlich dem feinjustierten, immer noch schubladierten Tarif Tardoc zum Durchbruch verholfen werden.

Dass staatliche Regulierungen und Diskussionen über Kosten und Effizienz im Gesundheitswesen zu Problemen im Alltag führen können, schilderte eindrücklich eine Ärztin aus dem Publikum. Als sie 1999 ihr Medizinstudium aufnehmen wollte, habe man ihr davon

abgeraten, weil es viel zu viele Mediziner gebe. Heute ist das Gegenteil der Fall: Immer weniger Ärzte sollen immer mehr Patienten behandeln. Die Ärztin erzählte zudem den Fall eines über 80-jährigen Mannes in ihrer Praxis, der sehr gut auf eine mehr als 200 000 Franken teure Krebsbehandlung ansprach. Ob sie denn nun in der Folge mit einem niedrigeren Tarif rechnen müsse, wenn sie ihm diese Therapie zukommen lasse?



Gregor Pfister
Director Supplier Relations bei IQVIA

Foto: mmconsult zVg

Thomas Christen verneinte vehement: «Es darf keine Rationierungen geben.» Aber das BAG habe die Verantwortung, überall hinzuschauen.

Immer abhängiger von anderen Ländern

Über Versorgungsgpässe und Lieferantenunterbrüche bei Medikamenten hatten zuvor **Gregor Pfister** (Director Supplier Relations bei IQVIA), **Christoph Stoller** (Past President Medicines for Europe) per Videoschaltung sowie **Dr. pharm. Enea Martinelli** (Vizepräsident pharmaSuisse) aus unter-

schiedlicher Warte berichtet. Dass die Versorgung mit Medikamenten auch in der Schweiz nicht mehr auf allen Ebenen gewährleistet werden kann, ist inzwischen bekannt. Beim Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) sind zahlreiche Meldungen über Versorgungsstörungen bekannt.



Christoph Stoller
Past President Medicines for Europe

Foto: mmconsult zVg

Im Bereich der Medikamente ist die Abhängigkeit von Asien offenkundig. In Europa fehlt es an neuen Werken, nur noch rund 20 % der Medikamente würden auf diesem Kontinent hergestellt, hiess es an der Tagung in Bern. Als eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung wurde der Preisdruck angeführt. «Preisreduktionen und Kostensteigerungen machen immer mehr Produkte unrentabel und diese verschwinden vom Markt», lautete ein Kernsatz. Die Globalisierung mit dem damit verbundenen ökonomischen Druck zwingt zu einer Konzentration auf wenige Standorte.

Als kleines Land steckt die Schweiz in einer speziellen Situation, weil sich die Aufrechterhaltung einer eigenen Produktion finanziell kaum lohnt. Trotzdem ist es sinnvoll, die bestehenden Kapazitäten hierzulande zu erhalten.

Die grosse Abhängigkeit von gewissen Ländern bringt mit sich, dass innerhalb der EU jetzt darüber diskutiert wird, was sogenannte absolut essenzielle Arzneimittel sind (darüber gibt es je nach Optik unterschiedliche Vorstellungen). Auch die Verwundbarkeit von Herstellungs- und Lieferketten sei ein Thema. Ein Pferdefuss in diesem Zusammenhang stellt das «lean management» dar: Lager werden klein gehalten, was die Versorgungssicherheit gerade in Krisenzeiten zusätzlich gefährdet. *Markus Sutter*

Im Jahr 2020 betrug die Gesundheitsausgaben in der Schweiz 83,3 Mia. CHF